

Wählen heißt mitregieren!

Am 14. Juni entscheiden wir uns für die Kandidaten der Nationalen Front.

Bekenntnis zu unserer Heimat

UZ-Interview mit dem stellvertretenden Leiter des Wahlstabes der KMU, Dozent Dr. W. Sielaff



UZ: Die Studenten der Karl-Marx-Universität werden einer Organisationsanweisung des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen zufolge in selbständigen Wahlbezirken an der Universität wählen, welche Gründe gibt es für diese Entscheidung?

Dr. W. Sielaff: Die entsprechenden Festlegungen unseres Ministers wurden in Übereinstimmung mit dem § 23 des Gesetzes vom 24. Juni 1976 über die Wahlen zu den Volksvertretungen getroffen. Sie versetzen die rund 10.000 wahlberechtigten Direkt- und Forschungsstudenten der Karl-Marx-Universität in die Lage, in 14 eigenen Wahlbezirken einen geschlossenen und einheitlichen Ausweis ihrer Zustimmung zur Politik unseres Staates unter Führung der Partei der Arbeiterklasse zu liefern.

Die Studenten verbringen den größten Teil ihres Lebens während des Studiums hier in Leipzig und nehmen wesentlich intensiver hier auch am gesellschaftlichen Leben teil als in ihren Heimatstädten. Außerdem haben sie in Leipzig weit mehr die Möglichkeit, an der Nominierung und Kontrolle der Abgeordneten teilzunehmen. Das alles dürfte ja wohl an den Wochenenden, die sie zu Hause verbringen, etwas komplizierter sein. Der gemeinsame Gang zur Wahlurne untersteht die Einheit von Wahlvorbereitungen und Stimmabgabe, Rechenschaftslegung der Abgeordneten, Vorstellung und Prüfung der Kandidaten, Entscheidung am Wahltag für den von uns vorgezeichneten Weg sind Ausdruck sozialistischer Demokratie...

nächsten Wochen. Dazu dienen die Wählerversammlungen, Jungwählerforen, Seminargruppenveranstaltungen, die persönlichen Gespräche und viele andere Arten vertrauensvoller Aussprachen zwischen Studenten, Lehrkörper und Abgeordneten.

UZ: Welche Möglichkeiten haben wir, die Kandidaten kennenzulernen?

Dr. W. Sielaff: Zunächst eine grundsätzliche Vorbemerkung dazu: In Einhaltung der wahlrechtlichen Bestimmungen werden bei jeder Wahl in der DDR die Kandidaten von den demokratischen Parteien und Massenorganisationen aufgestellt, nachdem sie zuvor in den Kollektiven der Werktätigen, die sie aus gemeinsamer Tätigkeit kennen, geprüft und vorgeschlagen worden sind. Die so demokratisch ausgewählten Kandidaten stellen sich dann auf öffentlichen Tagungen der Bezirks- und Kreisräte der Nationalen Front der DDR vor. Hier wird über ihre Kandidatur und die Reihenfolge der Kandidaten auf dem Wahlvorschlag für die einzelnen Wahlkreise entschieden.

Die Wahlbezirke der KMU befinden sich im Bereich des Stadtbezirks Leipzig-Mitte. Es versteht sich von selbst, daß alle Angehörigen der KMU, die zur Wahl stehen, nicht in einem Wahlkreis zusammengefaßt sein können. In den Wahlversammlungen der KMU stellen wir vorrangig Kandidaten vor, die an der KMU arbeiten, lehren oder studieren, ganz gleich, in welchem Wahlkreis sie kandidieren. Andererseits bemühen wir uns in Zusammenarbeit mit dem Wahlbüro des Stadtbezirks Leipzig-Mitte und dem Stadtbezirksausschuß der Nationalen Front, einige Kandidaten des Territoriums auch den Studenten der KMU vorzustellen.

Daß es bei der Vielzahl der Veranstaltungen, die jede Sektion in Vorbereitung der Wahl angesetzt hat, nicht möglich ist, alle Kandidaten allen Studenten vorzustellen, erscheint logisch.

Es liegt keinerlei Ursache vor.

eine solche Verfahrensweise als Mangel zu empfinden, denn in jedem Falle unterliegen die Kandidaten einer eingehenden Prüfung durch den Wähler. Erwähnt sei noch, daß die Kandidaten während der Wahlvorbereitung in unserer Presse, u. a. natürlich auch in der „UZ“, vorgestellt werden.

UZ: Wieviel KMU-Angehörige sind eigentlich gegenwärtig als Abgeordnete tätig?

Dr. W. Sielaff: Während der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode arbeiteten fünf Angehörige der KMU als Abgeordnete der Volkskammer, unter ihnen beispielsweise Prof. Dr. sc. Manfred Mühlmann, Sektion Rechtswissenschaften, Vizepräsident des Nationalrates der Nationalen Front der DDR.

Vier als Bezirksratsabgeordnete, unter ihnen der Rektor unserer Universität, Prof. Dr. sc. Lothar Rathmann; im kommunalen Bereich, d. h. als Stadtverordnete und Abgeordnete in den Stadtbezirken, sind es 27. Übrigens sind alle Volksvertreter der KMU in einem Abgeordneten-Aktiv zusammengefaßt, das unter der Leitung der Stadtverordneten, Prof. Dr. sc. Annelore Berger, Projektor für Erziehung und Ausbildung, steht.

UZ: Was erwarten Sie für den Wahltag selbst?

Dr. W. Sielaff: Wir sprachen einigang von dem einheitlichen und geschlossenen Auftreten unserer Studenten am 14. Juni. Davon sind wir überzeugt.

Universitätsleitung der Wahlstab der KMU, alle gesellschaftlichen Organisationen – unter Führung der Kreisparteiorganisation – erwarten eine zeltige Wahrnehmung des Wahlrechts, das sich auch für jeden unserer Studenten als Wahlpflicht darstellt. Auch in dieser Richtung haben wir in Vorbereitung der Wahlen zielgerichtete politisch-ideologische Arbeit zu leisten.

Es liegt keinerlei Ursache vor.

Zusammensetzung der Volkskammer nach ihrer Mandat	Kulturband der DDR
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 127 Abgeordnete	27 Abgeordnete
Christlich-Sozialistische Partei Deutschlands 12 Abgeordnete	Demokratischer Frauenbund Deutschlands 35 Abgeordnete
Ultranationalistische Partei Deutschlands 12 Abgeordnete	Freie Deutsche Jugend 40 Abgeordnete
Nationaldemokratische Partei Deutschlands 52 Abgeordnete	Freie Deutsche Gewerkschaftsbund 68 Abgeordnete
Demokratische Bauernpartei Deutschlands 52 Abgeordnete	

Aus dem Wahlgesetz der DDR

§ 16 Die Kandidaten für die Wahl zur Volkskammer, zu den Bezirksräten... werden von den demokratischen Parteien und Massenorganisationen aufgestellt. Die demokratischen Parteien und Massenorganisationen haben das Recht, ihre Vorschläge zu dem gemeinsamen Wahlvorschlag der Nationalen Front der DDR zu vereinigen...

§ 18 Die von den Kollektiven der Werktätigen geprüften und von den demokratischen Parteien und Massenorganisationen aufgestellten Kandidaten für die einzelnen Wahlkreise, werden auf öffentlichen Tagungen der Bezirks-, Kreis-, Stadt-, Stadtbezirks- und Ortsausschüsse der Nationalen Front der DDR unter Teilnahme von weiteren Vertretern der Wähler vorgestellt. Auf diesen Tagungen wird wahlkreisweise über die Kandidaten und ihre Reihenfolge auf dem Wahlvorschlag beraten und beschlossen.

Ein Volkskammerabgeordneter legt Rechenschaft ab

Prof. Dr. Manfred Mühlmann, Sektion Rechtswissenschaft, Vizepräsident des Nationalrates der Nationalen Front



Prof. Dr. Manfred Mühlmann, Leiter des Wissenschaftsbereiches Zivilrecht an der Karl-Marx-Universität Leipzig, ist seit 1976 Abgeordneter der Volkskammer und hier im Verfassungs- und Rechtsausschuß tätig. In der vergangenen Wahlperiode leitete Prof. Mühlmann verschiedene Arbeitsgruppen des Ausschusses, die Untersuchungen im Territorium Leipzig durchführten. So unter anderem zu Problemen des Wohnungsmieterrechtes in Torgau und zur Wirksamkeit der neuen Stadtordnung in Leipzig. In Torgau wurden Erfahrungen der Leitungstätigkeit des VEB Gebäudewirtschaft gesammelt und diese Erkenntnisse durch die Aussprachen mit Mietergemeinschaften ergänzt. Völlig gemeinert flossen diese Ergebnisse über den Verfassungs- und Rechtsausschuß in einen Bericht des Ministerrates zu Wohnungswirtschaftlichen Fragen ein. Breiten Raum in der Abgeordneten-Tätigkeit Prof. Mühlmanns nimmt die propagandistische Tätigkeit ein. So sprach er im Veteranenkolleg der Leipziger Universität zur Bedeutung des Rechts für ältere Bürger und gestaltete zahlreiche thematische Veranstaltungen, wie z. B. Vorträge zur Rechtsproblematik von Mitgliedern des Kulturbundes. Neben Wahlveranstaltungen an den Sektionen der Universität führen ihn seine Rechenschaftslegungen vor den Volkskammerwahlen am 14. Juni dieses Jahres in seinen bisherigen Wahlkreis Grimma, unter anderem in die Berufsschule des Porzellanwerkersforum nach Mützenchen.

Ein besonderer Beitrag Prof. Mühlmanns zur Wahlvorbereitung ist die Broschüre „Bürger – Hausgemeinschaft – Wohngebiet“, die er gemeinsam mit Prof. Dr. Klaus Glass schrieb und die noch im Mai im Staatsverlag erscheinen wird. Sie bietet gerade für die massenpolitische Arbeit in Vorbereitung der Wahlen wertvolle Anregungen.

„Für mich ist es ein besonderer Vorteil“, so sagte Prof. Mühlmann in einem UZ-Gespräch, „daß ich meine Tätigkeit als Abgeordneter im Verfassungs- und Rechtsausschuß bestens verknüpfen kann mit meinem beruflichen Wirken als Hochschullehrer und dem Gebiet des Zivilrechts. Viele Erfahrungen der gesellschaftlichen Arbeit fließen in die Vorlesungen und Seminare ein, und auf der anderen Seite kann ich meine Fachkenntnisse auf juristischem Gebiet für meine Mitarbeit im Ausschuß nutzen.“

Öffentliche Rechenschaftslegungen von Abgeordneten und Kandidatenvorstellungen an der Karl-Marx-Universität

(Termine für Veranstaltungen bis zum 23. Mai)

- Wahlbezirk S 1**
Sektion Philosophie/Wissenschaftlicher Kommunismus
13. Mai, 17 Uhr, NSG Zimmer 401
Abgeordnete: B. Horatzky, Stadtverordnete
- Sektion Theologie**
13. Mai
Abgeordnete: Gerald Göthing, stellv. Vorsitzender des Staatsrates, Vorsitzender der CDU, Volkskammer-Abgeordneter; Klaus Gysé, Staatssekretär für Kirchenfragen
- Wahlbezirk S 3**
Sektion Geschichte
14. Mai
Abgeordnete: Hans Schmellinsky, Wissenschaftlicher Sekretär des 1. Prorektors, Stadtverordneter
- Wahlbezirk S 4**
Sektion Rechtswissenschaft
20. Mai, 8 Uhr, HS 18 (1. und 2. Studienjahr)

- Prof. Dr. H. Stein, 1. Prorektor, Bezirksratskandidat
- Wahlbezirk S 6**
Sektion Kultur- und Kunstwissenschaften
21. Mai, 19 Uhr, FB Kunsterziehung
Abgeordnete: Prof. G. Meyer-Dennwitz, Volkskammerabgeordnete
- Sektion Germanistik/Literaturwissenschaften**
19. Mai
Abgeordnete: Prof. Dr. sc. W. Müller, Bezirksratsabgeordnete; Petra Richter (Nachfolgekandidat)
- Wahlbezirk S 8**
Sektion Chemie
21. Mai, 17 Uhr, HS Biowissenschaften, Talstraße
Abgeordnete: Prof. Dr. sc. Borsdorf, Stadtverordneter
- Sektion Biowissenschaften**
Gemeinsame Veranstaltungen mit der Sektion Chemie (s. o.)
- Wahlbezirk S 10**
Sektion Mathematik
12. Mai, 15 Uhr, HS 6
- Wahlbezirk S 12, 13, 14**
Bereich Medizin
Sieben Veranstaltungen in einer Reihe unter Mitwirkung von Abgeordneten: Prof. Dr. sc. Berger, Stadtverordneter; OMR Prof. Dr. J. Claus, Dr. Mittelstädt, Stadtbezirksabgeordnete; Dipl. med. Prokop, Stadtbezirksabgeordnete, Dipl.-Biol. Seidel, Stadtbezirksabgeordnete, Dr. Proft, Stadtverordneter, Rötha
- Weitere Wahlveranstaltungen werden vorbereitet. Informationen und eventuelle Änderungen sind in den Sektionen und aus der UZ noch zu erfahren.**



„Wollen Sie sich etwa hier draußen mit einem Stehplatz begnügen, wenn Sie schon für ein paar Hunderttausender drinnen einen bequemen Sitzplatz mit Stimmrecht bekommen können?“

Undemokratisch?

Und in der DDR kann man ja sowieso alle Wahlergebnisse fast auf das Prozent genau voraussagen. Mit Demokratie hat das nicht das Geringste zu tun. Das ist SED-Diktatur...“ erkannte mal wieder der RIAS in Westberlin vergangene Woche. Ja, ja uns geht's ganz schlimm. Da haben wir unsere eigenen Genossen und Arbeitskollegen als Kandidaten für die Volksvertretungen aufgestellt und wollen sie dann auch noch wählen! So richtig diktatorisch eben. „Diktatur“ – wie furchtbar und abschreckend das doch in den Ohren der freiheitlich-demokratischen Bundesbürger klingt. Aber im Ernst. Die Gegenüberstellung von Diktatur und Demokratie ist seit Kautsky nichts Neues. Dieser alte Huz wird von den Massenmedien und den bürgerlichen Parteien der BRD ständig gebraucht. Dabei sind in jeder Klassengesellschaft, also auch in der BRD und der DDR Diktatur und Demokratie nicht zu trennen. Es steht nur die entscheidende Frage: Diktatur von wem, für und gegen wen und Demokratie für wen und gegen wen. Natürlich haben wir eine Diktatur, eine Diktatur der Arbeiterklasse. Und wir sind froh darüber. Wie wir sie nutzen und nutzen kann jeder in den Parteitagebroschüren nachlesen. Demokratie geht immer soweit, wie sie die Diktatur der herrschenden Klasse zuläßt. Die Konzerngewaltigen in der BRD nutzen die Macht ihres Kapitals, um solche Bedingungen (d. h. entsprechende Staatsgewalt) möglichst lange aufrecht zu erhalten, die gewährleisten, daß das Maximum des Profites noch größer wird. Dort diktiert der Maximalprofit für die oberen Tausend. Und bei uns die Interessen des Volkes. Es gibt heute ein sehr enges Bündnis zwischen allen Parteien und Organisationen unserer Republik. Dieses Bündnis ist nur möglich, weil die Partei der Arbeiterklasse als führende Kraft eine Politik im Interesse aller Werktätigen betreibt. In wessen auch sonst? Glauben die Herren da drüben etwa, wir hätten Krupp und Thyssen gerne wieder?

Oder Strauß vielleicht? Oder den Raketenkanzler? Nein danke! Wir machen unsere eigene Politik, die uns nutzt. Wie „undemokratisch“ wir dabei sind, liegt natürlich auf der Hand. Es kann schon nicht sein, daß alle Werktätigen, alle Parteien und Organisationen, unsere Politik in Ordnung finden und unterstützen und demzufolge ihre Kandidaten für die Volksvertretungen auf eine gemeinsame Liste setzen. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Und dann ist es natürlich völlig „undemokratisch“, daß alle, die über unsere Gesetze entscheiden, von ihren Arbeitskollegen vorher auf Herz und Verstand geprüft worden sind. Schließlich und endlich sind die Abgeordneten auch noch verpflichtet, vor ihren Wählern regelmäßig Rede und Antwort zu stehen, wie sie in deren Interesse regieren. Wo bleibt denn da die „reine“ Demokratie?

Die sieht z. B. so aus: In den bürgerlichen Parteien der BRD werden Wahlkandidaten im wesentlichen von den (rechten) Parteiführungen – sogar unter Ausschluß der anderen

Parteimitglieder – festgelegt. Ja, und dann sind die Abgeordneten dort laut Grundgesetz ihrem Gewissen rechenschaftspflichtig. Nehmen wir das des Herrn Pieroth. Er ist der größte Weinbändler Westeuropas und kandidiert diesmal nicht in der BRD, sondern in einem der hunderttausend DM Wahlkreis für den Senat von Westberlin. Sein Gewissen läßt sich in Dividenden ausdrücken. Gesetze werden sowieso im Vorfeld von Bundestags- und Senatspartei mit den Unternehmensverbänden ausgehandelt. Die Anzahlung solcher „demokratischen“ Praktiken – wie etwa die 5-Prozent-Sperre – läßt sich fortsetzen. Preisfrage: Welche der Bundestagsparteien vertritt wohl die Interessen der Werktätigen? „Reine“ Demokratie als Alternative zu unserer Der sogenannte Pluralismus verhält nichts anderes als die perfektionierte Diktatur des Monopolkapitals und scharf abgesicherte bürgerliche Demokratie. Für die Unternehmer. Für das Volk aber gibt es keine bessere als die sozialistische Demokratie. Uwe Gahler